

Eidgenössisches Finanzdepartement
3003 Bern



Geht per Mail an: martin.walker@efv.admin.ch

14.3.2016

Vernehmlassung: Stabilisierungsprogramm 2017-2019

Sehr geehrter Herr Bundesrat Maurer,
sehr geehrte Damen und Herren

Die Bürgerlich-Demokratische Partei (BDP) bedankt sich für die Gelegenheit zur Stellungnahme in obgenannter Vernehmlassung.

Grundsätzliches

Für die BDP sind ausgeglichene Staatsfinanzen und die Einhaltung der Schuldenbremse prioritär. Dementsprechend unterstützt die BDP Sparbemühungen grundsätzlich, ist gleichzeitig aber der Meinung, dass die vom Bundesrat vorgeschlagenen Massnahmen bloss das absolute Minimum darstellen. Der Begriff Stabilisierung wird irrtümlich verwendet, weil mit den vorgeschlagenen Massnahmen bloss das Kostenwachstum begrenzt wird. Der Bundesrat rechnet gemäss Bericht (S.14) selbst nicht damit, dass mit diesem Programm ein schuldenbremskonformer Finanzplan 2017-19 verabschiedet werden kann.

Dass der Bundeshaushalt 2015 um 2 Milliarden Franken besser abschliesst als budgetiert, ändert an diesen Tatsachen nur bedingt etwas. Denn einerseits sind für die Jahre 2018 und 2019 nach wie vor grosse Fehlbeträge zu erwarten und andererseits stehen verschiedene Grossprojekte bevor, die finanzpolitische Herausforderungen bergen.

Allerdings werfen der unerwartete Überschuss und die Fehlschätzung von 2 Milliarden die Frage auf, weshalb sich der Bundesrat oft und in grossem Ausmass in seiner Schätzung des Haushaltsabschlusses verkalkuliert.

Im vorgeschlagenen Stabilisierungsprogramm werden nach Meinung der BDP die Prioritäten falsch gesetzt, indem „Frontleistungen“ abgebaut, statt effizienzsteigernde Massnahmen eingeleitet werden. So schadet bspw. die Schliessung von Zollstellen den KMU, was sich wiederum negativ für den gesamten Wirtschaftsstandort Schweiz und schlussendlich auf die Steuereinnahmen auswirkt.

Weitere Effizienzsteigerungen und strategische Aufgabenüberprüfung nötig

Weil einerseits am falschen Ort und andererseits zu wenig gespart wird, bleibt das Stabilisierungsprogramm für die BDP insgesamt Stückwerk. Um die Probleme im Finanzhaushalt effektiv anzugehen, fordert die BDP nachhaltige Sparmassnahmen in zwei Schritten:

In einem ersten Schritt muss es darum gehen, die Effizienz in der Leistungserbringung zu verbessern. Hier muss die Verwaltung stärker in die Pflicht genommen werden als dies der Bundesrat mit seinen Sparmassnahmen im „Eigenbereich“ vorsieht.

In einem zweiten Schritt müssen sodann die Aufgabenbereiche des Bundes einer strategischen Überprüfung unterzogen werden, wie dies die Finanzkommission in ihrer Motion [15.3013](#) fordert. Eine solche Überprüfung erfordert die Hinterfragung des Leistungskatalogs (auch im gebundenen Bereich – verbunden mit allenfalls notwendigen Gesetzesänderungen) und hat wiederkehrend zu erfolgen, um die Bundesfinanzen auch langfristig nachhaltig ins Lot zu bringen und unnötige Regulierungen abzubauen. Massnahmen mit derselben Stossrichtung hat die BDP bereits in ihrer Motion [15.3333](#) gefordert.

Massnahmeneruierung durch unabhängige Stelle

Die BDP regt an, diese Massnahmeneruierung zur Effizienzsteigerung von einer *verwaltungsunabhängigen Stelle* durchführen zu lassen. Allenfalls könnte dieselbe Stelle auch bei einer strategischen Aufgabenüberprüfung berücksichtigt werden. Mit neutralem Blick lassen sich Potentiale zur Effizienzsteigerung und zur Optimierung des Leistungskatalogs besser erkennen, zumal die Verwaltung aus rationaler Sicht wenige Anreize hat, im Eigenbereich wirklich zu sparen.

Bewertung von Massnahmen im Einzelnen

Im Folgenden gehen wir kurz auf einige der bundesrätlichen Massnahmen und unsere eigenen Vorschläge ein.

Verzicht auf Überbrückungsrenten Bundespersonal

Eine teilweise Senkung der Überbrückungsrenten und die schrittweise Reduktion der Arbeitgeberbeteiligung, wie es der Bundesrat vorschlägt, genügen der BDP nicht. Der Bundesrat erläutert im Bericht selbst, „dass die finanzielle Beteiligung ein erheblicher Anreiz zu einer vorzeitigen Pensionierung ist und den Bestrebungen des Arbeitgebers zuwider läuft, die Mitarbeitenden möglichst lange im Erwerbsleben zu halten“ (S.24). In Zeiten von Fachkräftemangel, Druck zur Zuwanderungsreduktion und geforderten Massnahmen für über 50jährige Arbeitnehmende setzt die Überbrückungsrente einen diametral falschen Anreiz.

Auch deshalb ist der Sparauftrag in diesem Bereich konsequent anzupacken und damit auf die Überbrückungsrente gänzlich zu verzichten.

Reduktion von Beratungsaufwänden und Kosten externer Dienstleistungen

Wie der Bundesrat auf S.21 festhält, „sollen Sparvorgaben im Personalbereich nicht dazu verleiten, die Aufgabenerfüllung vermehrt auszulagern und damit über den Sach- und Betriebsaufwand zu finanzieren“. Die BDP ist überzeugt, dass im Bereich externer Dienstleistungen und Beratungsaufwände weiteres Sparpotential besteht.

Insbesondere ist durch konsequentes In- oder Outsourcing der Kontroll- und Betreuungsaufwand zu senken.

Es kann nicht sein, dass Bundesangestellte hauptsächlich mit der Einsitznahme in externen Gremien beschäftigt werden. Entweder eine Aufgabe wird ausgelagert und sodann per Leistungsauftrag jährlich kontrolliert oder es findet eine Internalisierung statt.

EDA: Überprüfung von Infrastrukturausrüstungen

Prüfungswert ist für die BDP im Weiteren, ob sich das Sparvolumen im EDA mittels *Überprüfung von Infrastrukturausrüstungen* (bspw. Evaluation des Bedarfs an Residenzen als zusätzliche Liegenschaften der Botschaften) erhöhen liesse. Auch in diesem Fall gilt, dass eine Verbesserung der Kosteneffizienz nicht mit einem Abbau von Frontleistungen (Botschaftsschliessungen) einhergehen muss.

Landwirtschaft: Runder Tisch zur Auslotung verantwortungsvoller Sparmassnahmen

Im Agrarbereich gilt es die spezifischen Voraussetzungen zu berücksichtigen und die nötige Sensibilität bei Sparscheidungen walten zu lassen. Die Landwirtschaft erbringt wichtige gesellschaftliche Funktionen, wie der Beitrag zur Landesversorgung oder die Landschaftspflege, die nicht nur von der aufwandstechnischen, sondern auch von der kulturellen und wirtschaftlichen Seite her bewertet werden müssen. Zudem bedürfen die Instrumente der Neuen Agrarpolitik einer gewissen Testzeit und ist den Betroffenen Planungssicherheit im machbaren Rahmen zu gewähren. Trotz dieser speziellen Voraussetzungen im Agrarbereich sind Beiträge an die Haushaltsstabilisierung möglich und vertretbar. Wir vermuten diese – wie anderswo auch – insbesondere im administrativen Bereich. Die BDP schlägt angesichts dieser Ausgangslage einen runden Tisch zwischen Behörden und Landwirtschaftsvertretern vor, um mögliche Sparbereiche auszuloten.

Zu hohe Kürzungen im BFI-Bereich

Nicht einverstanden ist die BDP schliesslich auch mit dem Umfang der vorgeschlagenen Kürzung im Bereich Bildung, Forschung und Innovation. Diese widersprechen den strategischen Prioritäten des Bundesrates im BFI-Bereich und gefährden dessen Substanz. Bildungs- und Forschungsinstitutionen mit Weltspitzen-Format leisten zusammen mit der dualen Bildung einen wichtigen Beitrag für den wirtschaftlichen Erfolg und den Wohlstand der Schweiz, beflügeln Innovation und Wettbewerbsfähigkeit und wirken langfristig dem Fachkräftemangel entgegen. Deshalb hat die BDP die von den Räten angenommene WBK-Motion [15.3011](#) zur prioritären Behandlung des BFI-Bereichs unterstützt. Der Bundesrat kann im BFI-Bereich nicht einerseits neue Schwerpunkte, Reformen und Weiterentwicklungen einleiten und andererseits gleichzeitig derart einschneidende Kürzungen im Budget vornehmen, welche insbesondere dem Nachwuchs schaden und die Rahmenbedingungen für die jungen Generationen in ohnehin schon unsicheren Zeiten verschlechtern. Aus diesem Grund fordert die BDP eine Beschränkung der Kürzung im BFI-Bereich auf 200 Millionen.

Kritik an weiteren Sparvorhaben

- *Im Armeebereich hält die BDP an ihrer grundsätzlichen Forderung nach einem jährlichen Armeebudget von 5 Milliarden fest. Die BDP bekennt sich klar zur WEA.*
- *Grundsätzlich machen Sparmassnahmen dann wenig Sinn, wenn relativ bescheidene finanzielle Fortschritte grossen emotionalen Hürden gegenüberstehen. Ein Beispiel dafür ist unverhältnismässige Schliessung des Politforums Käfigturm. Während die Einsparmöglichkeiten äusserst gering sind, nimmt das Forum im Bereich der politischen Wissensvermittlung und des Diskurses mit der Öffentlichkeit eine wichtige Rolle ein.*
- *Ebenfalls lehnt die BDP die vorgeschlagene MVG-Reform, mit Ausnahme dreier unbestrittenen Massnahmen (Prämienzuschlag für Unfälle bei freiwillig Versicherten, freiwillige Versicherung nur für Versicherte mit Wohnsitz in der Schweiz, gesetzliche Verankerung der Versichertenkarte), ab. Diese Sparmassnahme erachten wir als untauglich, da die heutigen Prämien kostendeckend sind und die Übernahme des UV-Systems bei der Entschädigung des Integritätsschadens zu Mehrkosten führen würde.*

Wir danken für die Prüfung und Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse



Martin Landolt
Parteipräsident BDP Schweiz



Rosmarie Quadranti
Fraktionspräsidentin BDP Schweiz